

29. V. 1916

Die Ernährungsfrage im Reichshaushaltsauschuss.

N Berlin, 27. Mai. (Priv.-Tel.)

In der weiteren Debatte des Reichshaushaltsauschusses trat Unterstaatssekretär v. Stein den Angriffen auf die B. E. G., soweit sie das persönliche Gebiet betreffen, entgegen. Alle persönlichen Angriffe auf Einzelpersonen seien völlig unbegründet. Gerade das Getreidegeschäft funktionierte sehr gut. Die Heranziehung großer Firmen sei wünschenswert, die Offerten würden geprüft. Einzelne Mißgriffe seien nicht zu vermeiden.

Ein nationalliberaler Redner kritisierte die mangelhafte Organisation in Berlin. Die Beschwerden gegen die B. E. G. seien vielfach begründet. Es bestehe die Ansicht, daß die B. E. G. verteuern würde.

Unterstaatssekretär v. Stein bemerkte, daß die Verbesserung der Einfuhr aus Rumänien zum guten Teil ein Verdienst der B. E. G. sei. Er verteidigte die Geschäftsgebarung der B. E. G. Augenblicksvorteile dürften das Prinzip nicht gefährden.

Ein Vertreter der B. E. G. ging auf vorgebrachte Einzelbeschwerden ein. Preisvertierungen im Inlande fanden nicht statt, wo sie vorkämen, erklärten sie sich aus der Zusammenfassung von Inlands- und Auslandswaren. (Die Ausführungen waren zum größten Teil vertraulicher Art.) Der Vertreter der B. E. G. gibt nähere Auskunft über das Käsegeschäft im Ausland. Hier seien noch Uebergangsschwierigkeiten zu überwinden. Mit der Inlandsproduktion habe die B. E. G. nichts zu tun. Das Personal der B. E. G. sei, besonders für den Getreideimport, richtig und gut ausgewählt. Die Sache funktioniere gut.

Ein konservativer Redner betont, daß die Darlegungen des Vertreters der B. E. G. überzeugend wirken. Auch was die persönliche Seite anlange. Die Angriffe auf einzelne Persönlichkeiten seien nicht haltbar, eine gewisse Einseitigkeit könne ausgeglichen werden. Es sollte mehr Käse in den Konsum kommen. Die ganzen Ernährungsfragen würden sich in Zukunft besser stellen. Dem Antrag, 25 Prozent der Magermilch auf Käse zu verarbeiten, könne er nicht zustimmen. Eine Gesamtrationierung für Milch und Fett sei nicht möglich.

Ein sozialdemokratischer Redner ist mit der B. E. G. zufrieden, sie müßte aber mehr Aufklärung geben. Der Redner verteidigt die Stadt Berlin gegen die erhobenen Angriffe. Die Fehler seien bei der Zentralstelle bzw. durch Bundesratsverfügungen gemacht worden. Alle Butter müsse beschlagnahmt werden. Eine allgemeine Rationierung sei notwendig. Ein höherer Milchpreis in Berlin wäre gerade jetzt unberechtigt. Ein Zwang zur Verarbeitung von Magermilch auf Magerkäse sei angebracht. Butter wandere in die Seifenfabrik, weil sie hier teuer bezahlt werde. Bei der Seife müßte der Fettgehalt deklariert werden.

Unterstaatssekretär v. Stein erklärt, daß Butter nicht für Seifenfabrikation verwendet werde. Die radikale Regelung der Butterfrage stehe bevor. Das Milchtränkungsverfahren werde begünstigt. Die Milchpreiserhöhung in Berlin erfolge auf Grund eines Schiedsgerichtsurteils über die Produktionskosten. Ein Vertreter der Deutschen Fraktion bespricht die Mängel der Organisation in Berlin und den Anbau der Delfrüchte. Die Ablieferung des Flachses müsse organisiert werden. Wie Unterstaatssekretär v. Stein erklärt, ist für die Verwertung des Flachses Vorkehrung getroffen.

Der Ausschuss geht über zur Besprechung der

Futtermittel.

Der Berichterstatter teilt mit, daß die Nutzbarmachung des Laubes organisiert werde. Präsident Kaup betont, daß die Futtermittel durch schlechte Ernte ungünstig beeinflusst wurden. Man habe versucht, nach Möglichkeit Ersatzmittel zu beschaffen. Der Kriegsausschuss für die Beschaffung von Ersatzfuttermitteln sei geschaffen worden. Es sind zehn Fabriken für Nährhefe mit einer Gesamtproduktion von jährlich 78 400 Tonnen gebaut, diese Höhe sei aber noch nicht erreicht, sondern erst etwa die Hälfte. Die Nährhefe eigne sich auch für die menschliche Ernährung. Das Strohmehl sei mit gewissen Zusätzen sehr wertvoll. Heidekrautfutter sei mit Zusätzen ein gutes Schweinesfutter. Aus den Knochen werde ein sehr gutes Eiweißfutter hergestellt. Tierkörpermehl werde aus Kadavern unter Mitwirkung der Heeresverwaltung erzeugt. Auch im Frieden sei eine bessere Verwertung der Kadaver und Schlachthofabfälle möglich. Aus Riesmuscheln werde ein wertvolles Futter erzeugt. Pflanzliche Stoffe könnten auch in höherem Umfang zur Futtergewinnung herangezogen werden, z. B. das Holz. Es sei zu hoffen, daß wir uns auch im Frieden von ausländischen Futtermitteln unabhängig machen können.

Ein nationalliberaler Redner begrüßt diese beruhigende Darstellung und wünscht Propaganda in ihrem Sinne.

Staatssekretär Dr. Helfferich betont, daß die jetzt hergestellten geringen Mengen ohne Propaganda leicht abgesetzt werden.

Die Deutsche Fraktion wünscht Beigabe von Gehaltsgarantie, auch bei der Nährhefe. Ein Regierungsvertreter sagt Berücksichtigung zu. Ein Zentrumredner wünscht eine bessere Verteilung der Futtermittel unter Berücksichtigung des Rindviehs. Die neuen Fabriken sollten auch noch der Süden kommen.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter spricht dem Kriegsausschuss für Ersatzfuttermittel seine Anerkennung aus. Im Kriege dürfe die Preisfrage keine Rolle spielen. Für die Friedenszeit aber sei es entscheidend, ob die künstlichen Futtermittel rationell, d. h. zu angemessenem Preis herzustellen seien, was bei Nährhefe ausgeschlossen erscheine. Der Redner bittet um Auskunft, wie sich die Friedenspreise stellen würden, und verlangt, daß bei den Lieferungsverträgen unbedingt ausreichende Mengen gegeben werden müssen.

Staatssekretär Dr. Helfferich erwidert, daß sich die Rentabilität der Herstellung künstlicher Futtermittel für die Friedenszeit noch nicht übersehen lasse; sie hänge von verschiedenen Umständen, den Rohstoffpreisen usw. ab. Immerhin hoffe er, daß manche Einrichtungen auch für die Friedenszeit von Bedeutung sein würden.

Nachdem noch ein konservativer Redner gewünscht hatte, daß die Amortisation der neuen Fabriken auf das Reich übernommen und die Küchenabfälle besser verwertet werden sollen, verlag sich der Ausschuss auf Montag vormittag: Organisationsfragen (in Abwesenheit des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes v. Batoni).